

- Offener Brief -

An den

2016-02-22

Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtages

**Kommentar der BISS zu den Aussagen von MdL Frau Mundlos bezüglich wichtiger Richtigstellungen zur Situation der Nuklearfirmen in Braunschweig**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits in der Anhörung im Umweltausschuss am 8. Februar 2016 von der Stadt Braunschweig betont, ist die Situation der räumlichen Nähe zwischen Wohnbebauung, Schulen, Kindergärten, Jugendzentrum auf der einen Seite und der ansässigen Industrie und den Nuklearbetrieben auf der anderen Seite heute nicht mehr genehmigungsfähig. Trotzdem wurde in den Jahren 1998 bis 2004 die Strahlengenehmigung für die Nuklearbetriebe um den Faktor 1000 erhöht.

Aus diesen Gründen haben Anwohner einen Widerruf der Strahlengenehmigungen beantragt, und die Stadt Braunschweig hat einen neuen Bebauungsplan zur „Verbesserung der Verträglichkeit von Industrie und Wohnen“ verabschiedet. Dieser Bebauungsplan wird von Eckert & Ziegler aktuell beklagt, weil er ihrer Ansicht nach nicht genügend Erweiterungsmöglichkeiten beinhaltet.

Angesichts dieser Brisanz ist es besonders wichtig, dass in diesbezüglichen Diskussionen behördlich belegte Wahrheiten nicht falsch dargestellt werden.

Frau Buchholz stellte völlig korrekt die Falschaussagen von MdL Frau Mundlos (CDU) richtig, die Frau Mundlos in der Anhörung am 8.2.2016 geäußert hatte. Dies kann jederzeit durch Einsicht in die entsprechenden Katasterkarten der Stadt Braunschweig nachvollzogen werden.

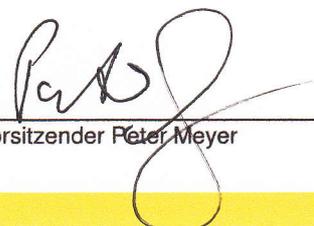
Anstatt sich für ihre falschen Aussagen zu entschuldigen, versucht Frau Mundlos nun in ihrem Schreiben Frau Buchholz (Mitglied des Stadtbezirksrats Wenden/Thune/Harxbüttel) zu diskreditieren und die Mitglieder des Landtages durch weitere Unkorrektheiten vom eigentlichen Thema abzulenken.

Wir erwarten, dass in dieser wichtigen Diskussion ehrlich und fair miteinander umgegangen wird.

Mit freundlichen Grüßen



1. Vorsitzender Dr. Thomas Huk



2. Vorsitzender Peter Meyer